



Plattform Agrar: „WAHLTAG ist ZAHLTAG, Herr Steixner.“

Schlag auf Schlag

Agrargemeinschaften. Im März noch behaupteten die VP-Regierungsspitzen, alles sei ganz super. Dann wurden sie durch neue Agrarskandale Lügen gestraft. In der Zwischenzeit wurde die ÖVP für Agrargemeinschafts-Bauern unwählbar. Sie sagen „Adieu Steixner“. Und stürzen den Bauernbund in eine Misere.

Diese Stiche haben eine Qualität, die Shakespeare alle Ehre macht und an das Drama Julius Cäsar erinnert. An den Teil, wo der engste Vertraute Cäsars ihm den letzten Stich versetzt und diesen erstaunt sagen lässt: „Auch du, Brutus?“ Dann stirbt der Held. Ähnliche Momente erstaunter Tragik muss der Tiroler Bauernbund derzeit durchleben oder zumindest jene Funktionäre müssen das, die öfter auf der Homepage der Plattform Agrar „vorbeischauen“. Das ist die Plattform der Agrargemeinschaften Tirols, die mit allen Mitteln dagegen kämpft, den Gemeinden jene Grundstücke und die damit verbundenen Rechte zurückzugeben, die sich die Agrargemeinschaften bekanntermaßen auf verfassungs- und rechtswidrige Weise angeeignet hatten. Dass es bei diesem Kampf ausschließlich um Geld geht, wurde nicht erst seit den jüngsten Skandalen – in Unterlangkampfen, Sellrain oder Lermoos – klar. Dass die Kämpfer aus Bauernkreisen stammen und traditionell die Tiroler Volkspartei wählen, ist es nicht minder. Die Vergangenheitsform passt offensichtlich für so

manchen Stammwähler aus dem Stammliegenschafts-Milieu.

Denn irgendwann im Oktober 2010 hat die Plattform Agrar ein Online-Forum eingerichtet, auf dem die Mitglieder ihre Meinung kund tun können – und darin bekommen Bauernbund und VP Tirol derzeit tödliche Stiche versetzt. „WAHLTAG ist ZAHLTAG Herr Steixner“, schreibt da einer, „bis zur Wahl dauert es nicht mehr lange... Mit den Briefen vom Bauernbund an die Agrarobmänner macht ihr es nur noch schlimmer!!! Ihr schürt die Abneigung gegen die eigene Vertretung (Raggl, Hechenberger und STEIXNER!!!). Viele Bauern haben sich schon abgewendet von der Tiroler Volkspartei... und es werden noch viel mehr werden... Da werden wir den letzten Wähler noch mobilisieren, die Volkspartei nicht mehr zu wählen!! Adieu STEIXNER und co.“ Ein anderer, ein Loisl, hält fest: „Es gibt für die VP nur noch die Möglichkeit, bis zur Wahl diese Enteignung wieder gut zu machen. Ich sehe derzeit keinen Grund mehr, die VP zu wählen, obwohl ich ein langjähriger VP-Wähler

bin.“ Ein Sepp schreibt: „Hab irgendwie gar keine Lust zu wählen. Die Bauernpartei hat uns auch im Stich gelassen. Sie sind schon zu lange im Amt, lassen uns über die Klinge springen, die haben vergessen, dass wir die VP sind.“ Wieder ein anderer, er soll hier der letzte sein, lässt ebenso tief blicken: „Je besser wir vernetzt sind, desto schlagkräftiger sind wir. Dies ist auch wichtig, wenn wir vor den nächsten Landtagswahlen den Verrätern in der ÖVP so richtig einheizen wollen.“ Die Hoffnung darauf, dass sie sich ändern, hat er allerdings bereits aufgegeben und das begründet er so: „Vom Platter war nicht mehr zu erwarten, aber die Bauernbundfunktionäre haben uns total verraten. Ein HR Sponring oder HR Nöbl, das sind Beamte, die wirklich für die Bauern da sind und die Gerechtigkeit vertreten, aber die hat man kaltgestellt (von Steixner).“

DIE REALITÄTEN. Erstaunlich an diesen Aussagen ist nicht nur, dass es wohl noch nie in der Geschichte des Tiroler Bauernbunds zu derartigen, durch die Internetplattform

öffentlichen Angriffen aus der Ur-Wählerschaft kam und mit Spannung beobachtet werden darf, wie der Bauernbund diesen Spagat schaffen und diese Stiche heilen will. Erstaunlich ist auch, wie sich in den Meldungen die traditionelle Welt, in der Tirols Agrarier bislang leben durften, widerspiegelt. In der Rolle Hubert Sponrings etwa, des ehemaligen Vorsitzenden des Landesagrarsenates, dessen Entscheidungen von den Bauern als gerecht empfunden wurden, während sie in Wahrheit verfassungs- und gesetzwidrig waren. Oder in der Rolle anderer Beamter in der Agrarbehörde, ohne deren Mithilfe es gar nicht möglich gewesen wäre, dass über zwei Milliarden Quadratmeter Grund in die falschen Hände und die Erträge in die falschen Taschen fließen konnten. Dieser Teil der finsternen Tiroler Geschichte wird derzeit in Wien aufgearbeitet. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft geht der Frage nach, ob die Agrarbehörde im Rahmen ihrer hoheitlichen Tätigkeit den Tatbestand des Amtsmissbrauchs erfüllt hat. „Der Akt ist zum Jahreswechsel bei uns eingelangt und wird derzeit geprüft“, stellt dazu Martin Ulrich, Leiter der Medienstelle der Korruptionsstaatsanwaltschaft fest. „Es ist schwer, eine Prognose zu wagen. Das ist eine komplexe Angelegenheit.“

Als weniger komplex könnte sich jene darstellen, mit der sich die Staatsanwaltschaft Innsbruck auseinandersetzt. Die Agrargemeinschaft Unterlangkampfen hat das geschafft, worauf lange gewartet wurde. Dass die Staatsanwaltschaft Innsbruck im größten Kriminalfall der Tiroler Nachkriegsgeschichte, der seit dem Verfassungsgerichtshof-Erkenntnis vom Juni 2008 vielfach ungehemmt zum Schaden der betroffenen Gemeinden fortgesetzt wird, in die Gänge kommt. „Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt wegen der kolportierten Darlehensauszahlung an Mitglieder der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen vorerst gegen unbekannte Täter, da der Sachverhalt erst erhoben werden muss“, teilte Oberstaatsanwalt Kurt Spitzer am 1. April 2011 mit. „Nach den vorliegenden Schilderungen ist der Tatbestand als Untreue zu qualifizieren.“

Dass Untreue kein Kavaliersdelikt ist, zeigt das dafür vorgesehene Strafmaß. Das ist in § 153 StGB geregelt und dort steht: „Wer durch die Tat einen 3000 Euro übersteigenden Schaden herbeiführt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, wer einen 50.000 Euro übersteigenden Schaden herbeiführt, mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn



Liste Fritz: Andreas Brugger, Andrea Haselwanter-Schneider, Fritz Dinkhauser (v. li.) – leider keine Sorge, dass ihnen das Thema Agrargemeinschaften abhandeln kommt, wie Landeshauptmann Günther Platter „befürchtet.“

Jahren zu bestrafen.“ Damit müssen sich die Verantwortlichen der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen nun auseinandersetzen.

Der Langkampfer Vizebürgermeister Martin Buchauer hatte bei der Prüfung der Jahresrechnung der Agrargemeinschaft Ende März 2011 entdeckt, dass über 1,3 Millionen Euro nicht mehr als Bankguthaben, sondern als Forderungen verbucht worden waren. Schon lange hatten die Agrargemeinschaftsmitglieder damit gedroht, sich das Geld „auf die Seite schaffen“ zu wollen, mehrfach wurde ihr verboten, Ausschüttungen vorzunehmen, zigfach war fest- und klargestellt worden, dass die Agrargemeinschaft aus Gemeindegut entstanden ist. Und trotzdem wurden kurz nach Weihnachten 1,36 von den

muss Sachwalter Christian Atzl von der BH Kufstein retten, was noch zu retten ist, und die Staatsanwaltschaft muss die Verantwortlichen zur Verantwortung ziehen. Bürgermeister Georg Karrer beispielsweise, der als bekennender Agrarier in der Causa eine besonders nebulöse Rolle spielt.

Die Langkampfer Episode „schaffte“ es auch in überregionale Medien, damit wurde der Tiroler Zustand österreichweit bekannt. „Knapp drei Jahre nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes schwelt der Streit zwischen Gemeinden und Agrargemeinschaftsvertretern unvermindert“, hieß es am 29. März 2011 im „Wirtschaftsblatt“. „Die Gemeinden warten nach wie vor auf die Erlöse aus dem Substanzwert.“ Langkampfen

„Ich sehe keinen mehr Grund die VP zu wählen.“

Poster Loisl im Online-Forum der Plattform Agrar

2,6 Millionen Euro Rücklagen in Form von Darlehen über je 40.000 Euro in 34 Teilen (pro Anteilsrecht) ausbezahlt. Ausdrücklich wurde festgehalten, dass auf eine Rückforderung verzichtet werden kann.

Da das Geld aus einem Liegenschaftsverkauf stammt, ist vollkommen unbestritten, dass es sich dabei um einen Substanzerlös handelt, welcher der Gemeinde zusteht. „Schon seit Oktober 2008 gilt für die Agrargemeinschaft ein Ausschüttungsverbot, was 2009 noch einmal bekräftigt wurde“, stellt Vizebürgermeister Buchauer fest, „Der AG Unterlangkampfen wurde bereits 2009 ein Amts-Sachverwalter angedroht, sollten Gesetze und Bescheide nicht befolgt werden.“ Obwohl die Agrargemeinschaft nie auch nur einen Funken Einsicht zeigte, wartete das Land Tirol so lange, bis der Schaden eingetreten war, um endlich tätig zu werden. Nun

hat die Augen für die Realitäten geöffnet. Und mit einem Wisch war der Sand, den die VP-Granden beim März-Landtag in die Augen der Tiroler gestreut hatten, weg.

DIE ENTLARVUNG. Am 17. März 2011 hatten sich, ECHO berichtete, die VP-Granden in Landesregierung und Landtag offenbar darauf geeinigt, die Agrargemeinschaftsfrage als erledigt und die Bürgerforums-Abgeordneten als Hetzer darzustellen. Wie ein Mantel wurde etwa wiederholt, dass das novellierte Tiroler Flurverfassungsgesetz (TFLG) das Gütesiegel des Verfassungsgerichtshofes bekommen habe. Aus dem jüngsten VfGH-Erkenntnis zu Mieders wurde dies abgeleitet. „Mit dem genannten Erkenntnis wurde eine Beschwerde der Agrargemeinschaft Mieders abgewiesen, worin diese behauptet hatte, das Gesetz begünstige die Gemeinden zu

sehr“, stellt Rechtsanwalt Andreas Brugger richtig, „Diese Meinung wurde vom VfGH verworfen. Ob die Rechte der Gemeinde in der TFLG-Novelle auch ausreichen, war in diesem Verfahren nicht Thema.“

Es war peinlich, wie in Folge der Landtags-sitzung die Behauptungen der VP-Politiker als unwahr entlarvt wurden. Ob Anton Steixners Sager „Das Verfassungsgerichtshofurteil wird sauber umgesetzt“ oder Günther Platters Untergriff „Ich habe den Verdacht, dass das Thema Agrargemeinschaften der Liste Fritz abhandenkommt“ – die jüngsten Skandale bewiesen das Gegenteil. Es ging Schlag auf Schlag, landauf, landab. Langkampfen bildete dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Ende März 2011 mussten die Agrargemeinschaften den Gemeinden ihre Jahresrechnungen und Voranschläge zur Genehmigung vorlegen. Konflikte und Auseinandersetzungen waren zu erwarten. Auch weil zwischenzeitlich das Gerücht kursierte, dass einige Agrargemeinschaften die Einsicht in die Bücher aus Angst verweigern. Aus Angst, dass dadurch agrargemeinschaftsinterne Betrügereien bekannt werden, also solche, wo Agrarmitglieder durch Agrarmitglieder gelinkt wurden. Vor dem Hintergrund und dem Skandalpotenzial war die „Schönwetterstrategie“ der Tiroler ÖVP noch weniger verständlich.

Nur eine Woche nach der Landtagssitzung wurde bekannt, dass sich die Lermooser



Georg Karrer: Der Langkampfner Bürgermeister spielt eine dubiose Rolle in Sachen Agrargemeinschaft.

Agrargemeinschaften abzulehnen. Dann kam Sellrain. Dort hatte Bürgermeister Norbert Jordan am 22. März 2011 den Rechnungsabschluss der Agrargemeinschaft Sellrain unterfertigt und damit akzeptiert, dass die gesamten Rücklagen bei der Agrargemeinschaft verbleiben sowie rund 80.000 Euro an die Agrargemeinschafts-Mitglieder verteilt werden. Jordan ist auch Obmann-Stellvertreter der Agrargemeinschaft und zeigte mit seiner Unterschrift deutlich, welche Auswirkung es hat, wenn ein Bürgermeister befangen ist. Dies wurde in seinem Fall längst festgestellt und der Vizebürgermeister

Auseinandersetzungen in die Länge ziehen und die verantwortlichen Regierungsmitglieder die selige Ruhe, die sie im März-Landtag inszenierten, nicht einmal in ihren Träumen wiederfinden. „Wir erwarten, dass der Gemeindereferent in der Landesregierung, Landeshauptmann Platter, einschreitet“, sagt Dinkhauser. „Durch seine Untätigkeit geht der Millionendiebstahl am Vermögen der Bürger ungeniert weiter.“

DIE HERAUSFORDERUNG. Allein die oben erwähnten Beispiele machen deutlich, in welcher Gefahr die Gemeinden schweben, in welche missliche Lage das Land die Bürgermeister gebracht hat und wie schwach das novellierte TFLG in Wirklichkeit ist. Die größte Gefahr geht aber von der Agrarbehörde aus. „Aus der Agrarbehörde sind Richtlinien und Handlungsanleitungen ergangen, die in offenkundigem Widerspruch zum TFLG, zur Tiroler Gemeindeordnung und zu den einschlägigen VfGH-Erkenntnissen aus 1982, 2008, 2010 und 2011 stehen“, stellt Gemeindeverbands-Präsident Ernst Schöpf fest. Zum Schaden der Gemeinden negiert wird, dass auch der über die Nutzungsrechte hinaus gehende Holzeinschlag zur Substanz gehört, die der Gemeinde zusteht. Das Amt hat Modelle zur Aufteilung der Agrar-Erträge erstellt bzw. „erlassen“, laut denen den Agrargemeinschaften Anteile zugerechnet werden sollen, die eindeutig den Gemeinden zustehen. „Wenn hier eine Gemeindeunterschrift mit Siegel gesetzt wird, ist dieses Geld für die Gemeinde für immer verloren“, so Schöpf. „Die Vergangenheit wird gänzlich verschwiegen, obwohl der VfGH zu Langkampfen (Dezember 2010) sagt, dass die Vermögensauseinandersetzung zur Vergangenheit statt zu finden hat.“ Täglich neues Futter für die Korruptionsstaatsanwaltschaft? Andreas Brugger hat im Zusammenhang mit der „Behördlichen Anleitung der Gemeindegutsagrargemeinschaften zu falschen Rechnungsabschlüssen“ eine Anfrage an Steixner und Platter gestellt. Sie wird Thema sein im Mai-Landtag und angesichts der Tatsachen werden sich die beiden wohl hüten, neuerlich zu behaupten, dass die Causa Agrargemeinschaften kein Thema mehr ist, weil alles bestens und den VfGH-Erkenntnissen entsprechend umgesetzt wurde. Der Umgang mit dem Thema bleibt eine Nagelprobe für die Tiroler ÖVP. Den Verlust einiger enttäuschter Bauernbundwähler kann sie leicht verkraften. Nicht aber den Verlust des letzten Fränkens Glaubwürdigkeit.

Alexandra Keller

Photo: Keller

„Vom Platter war nicht mehr zu erwarten.“

Poster im Online-Forum der Plattform Agrar

Bürgermeisterin Maria Zwölfer vom Land bzw. der Behörde allein gelassen fühlt. In Lermoos gibt es vier Agrargemeinschaften und die Agrar Lermoos hatte beispielsweise die Substanzerlöse in Höhe von 69.000 Euro entgegen aller Vorgaben so aufgeteilt, dass sie für sich selbst 47.000 Euro beanspruchte und der Gemeinde 22.000 Euro zuschrieb.

Kurz darauf kam es in Mieming zum Eklat. Keine einzige Agrargemeinschaft hatte in ihrem Voranschlag einen Rechnungskreis 2 – mit den Geldern, die der Gemeinde zustehen – ausgewiesen. Gemeinderat Ulrich Stern äußerte vor dem Hintergrund den Verdacht, dass die Agrargemeinschaften erhebliche Beträge verschleiern und der sonst so auffallend agrarfreundliche Mieminger Gemeinderat konnte gar nicht anders, als die Jahresrechnungen und Voranschläge der

wurde mit den Agraragenden betraut. Doch Jordan war das alles egal und er setzt sich mit der Unterschrift auch gleich dem Verdacht der Untreue aus. „Der Fall des Sellrainer ÖVP-Bürgermeisters und Agrarmitglieds Jordan wirft ganz massiv die Frage auf, was die bisher unterzeichneten, unüberprüften Rechnungsabschlüsse überhaupt wert sind“, stellt Fritz Dinkhauser, Chef des Bürgerforums fest. „Das dicke Ende wird hier noch kommen, jeder nachfolgende Bürgermeister kann diese Jahresabschlüsse beanspruchen und die Gemeinde kann sich dann persönlich am Bürgermeister, der unterschrieben hat, schadlos halten.“

Nachdem nicht davon ausgegangen werden darf, dass Langkampfen, Lermoos, Mieming oder Sellrain Einzelfälle sind, kann davon ausgegangen werden, dass sich die